

Thomas Mann (EVP-ED/CDU):

Waffenembargo gegen China darf nicht aufgehoben werden Schröder handelt konfus, nicht wie Konfuzius

In der heutigen Plenardebatte über eine mögliche Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China hat sich der CDU-Europaabgeordnete Thomas Mann ohne Wenn und Aber gegen einen solchen Schritt ausgesprochen: "Wer das Waffenembargo gegen China aufheben will, der braucht eindeutige Beweise einer veränderten Menschenrechtslage - oder er verstößt gegen die Prinzipien unserer europäischen Wertegemeinschaft". Mann warf Bundeskanzler Schröder vor, sich beim chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao damit lediglich beliebt machen zu wollen in der Hoffnung, damit ein besseres Exportklima zu schaffen. "Dabei preschte er wie üblich frei nach dem Motto 'Konfus statt Konfuzius' dilettantisch vor, ohne sich mit den anderen Staaten abzustimmen".

Der hessische CDU-Europaabgeordnete erinnerte daran, dass das Waffenembargo eine Reaktion auf die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung war und bis heute eines der wenigen Druckmittel für Veränderungen in der Volksrepublik China ist. Solange in China jährlich bis zu 1.500 Todesurteile vollstreckt, Hunderttausende ohne Prozess inhaftiert, misshandelt oder gefoltert würden und sich auch die Lage nationaler Minderheiten wie der Tibeter oder Mongolen nicht verbessere, sei es schlichtweg ungeheuerlich, über die Aufhebung des Waffenembargos auch nur nachzudenken, sagte Mann, der auch Präsident der Tibet Intergroup im Europäischen Parlament ist.

Problematisch sei ebenfalls die Lage in Taiwan, das von der Volksrepublik China seit Wochen wieder mit einem militärischen Angriff bedroht werde, falls es sich zu einem Referendum über die formale Unabhängigkeit entschließen sollte. Mann begrüßte ferner die Absicht der EU-Kommission, den von der Bundesregierung geplanten Verkauf einer stillgelegten Atomfabrik nach China zu überprüfen, da der Export militärisch nutzbarer Güter einer EU-Genehmigungspflicht unterliege. Es sei daher unumgänglich, über die Aufrechterhaltung des Waffenembargos hinaus, auch die inhaltliche Auseinandersetzung über die Mißstände in der Volksrepublik auf allen Ebenen weiter zu führen, zum Beispiel bei der Genfer Menschenrechtskonferenz im Frühjahr 2004.

Für weitere Informationen:

Büro Thomas Mann, MdEP, Tel.: +33 - 388 - 175318